

# Einige gegen alle anderen

Zukunftsentwürfe vom „Kampf aller gegen alle“ lenken davon ab, dass die Folgen von Corona auf Kosten der Armen und Schwachen gehen werden. Ein Kommentar zum Szenario „Die totale Isolation“.

Von Talja Blokland

Soziologen entwerfen keine Zukunftsszenarien. Obwohl wir zuweilen gewisse Regelmäßigkeiten entdecken, sind die meisten Modelle, die wir ausrechnen, nicht besonders gut geeignet, vorauszusagen, wie sich die Dinge entwickeln werden: Das Soziale folgt keinem Gesetz. Mit einigen Dingen haben wir uns allerdings wissenschaftlich so oft beschäftigt, dass wir zu verstehen glauben, warum sie so passiert sind, wie sie passiert sind. Und daher gehen wir davon aus, dass sie, wenn wir einen Faktor ändern (etwa, indem wir eine Schule schließen), künftig anders ablaufen werden.

Wir können also vorhersagen, dass sich die Bildungslücken vergrößern werden, wenn Tausende lateinamerikanischer oder US-amerikanischer Kinder aus dem Bildungssystem herausfallen oder wenn es Berliner Schulen nicht gelingt, während eines Lockdowns Kontakt mit sämtlichen Familien aufzunehmen. Oder dass Kinder ein besonderes Risiko laufen, häusliche Gewalt zu erfahren, wenn diejenigen, die hier in der Prävention arbeiten, ihren Job nicht vernünftig ausüben können.

Mithilfe der kreativen und einfallsreichen Menschen, die vor Ort mit Risikogruppen arbeiten, ließen sich derartige Risikoabschätzungen problemlos vornehmen. Es

wurden Strategien zur Eindämmung von Corona entwickelt, die nicht der einfachen Logik harter Top-down-Entscheidungen gehorchten, alles für diese Menschen zu schließen, inklusive Spielplätze. Doch niemand schien einen alternativen Ansatz auch nur ausprobieren zu wollen. Nun haben wir die desaströsen Resultate. Kein Wunder. Das ist es, was man mit einer „Flächendeckend“-Strategie erreicht.

Ich sehe kaum Anzeichen dafür, dass sich *diese* Welt verändern wird. Die Anti-Corona-Maßnahmen verstärken strukturelle Ungleichheiten in unseren Städten, unserem Land, unserem Europa, unserer Welt. Okay, könnte man jetzt im Sinne des hier zu diskutierenden Szenarios fragen, ist das nicht die „totale Isolation“, ist das nicht „Alle gegen alle“? Nein. Unsere Vorstellung davon, wer wir sind, hängt von der Definition dessen ab, der wir nicht sind. Deshalb sind wir unablässlich damit beschäftigt, uns abzugrenzen. Das setzt immer eine Beziehung zu anderen voraus – oder sie wären irrelevant. In sozialer Hinsicht sind wir also niemals völlig isoliert: Wir leben immer in gegenseitigen Abhängigkeiten mit und von anderen.

Natürlich, viele Menschen sind einsam, und sie leiden darunter. Andere glauben, am besten alleine klar zu kommen. Aber



**Prof. Dr. Talja Blokland**  
lehrt Stadt- und  
Regionsoziologie  
an der Humboldt-  
Universität zu  
Berlin.



auch die werden jemanden brauchen, der Online-Bestellungen bringt – eine gegenseitige Abhängigkeit. Und sie werden irgendwie reagieren müssen, wenn andere Menschen auftauchen. Sie kennen das: Ein lauter Nachbar weckt Sie mitten in der Nacht auf, oder Sie fahren durchs Allgäu und suchen nach Hilfe für Ihren kranken Hund: So etwas wie Isolation gibt es nicht. Es ist eine soziologische Unmöglichkeit. Davon abgesehen, passen totale Isolation und „alle gegen alle“ schlicht nicht zusammen. Wer isoliert ist, hat niemanden, gegen den er sich wehren kann, kein ähnliches Interesse, keine Identität, keine Persönlichkeit: kurz gesagt, nichts, worüber man sich streiten könnte.

Worüber wir allerdings diskutieren könnten, ist die Frage, wie die Pflege von sozialen Kontakten in wachsendem Maße zum Gegenstand einer eigenen Entscheidung werden könnte. Das ist aber keine Frage von „gelingenden“ oder „nicht gelingenden“ sozialen Bindungen, wie in der Szenarien-Grafik suggeriert, sondern der Ressourcenkontrolle. Einige von uns genießen das Privileg, sich mit den Menschen beschäftigen zu können, die sie mögen, und alle anderen zu meiden.

In dem Buch „Creating the Unequal City“ habe ich zusammen mit anderen Autorinnen beschrieben, wie der Wunsch, sich auf sich selbst, auf die eigenen Bedürfnisse und Ziele zu konzentrieren, Eltern aus der Mittelschicht dazu veranlasst hat, bestimmte Stadtteile und Schulen auszusuchen, in denen sie sich das Beste für ihre Kinder erhofften. Unbeabsichtigte Folge davon war eine wachsende soziale Segregation, nicht Isolation.

Wie meine Kollegin Johanna Hoerning betont, teilt sich die Stadtbevölkerung unter den Bedingungen des Lockdowns in diejenigen, die sich zu Hause selbst isolie-

ren, und diejenigen, die unterwegs sein müssen, um diese Selbstisolation zu ermöglichen. Wenn sich einige zurückziehen wollen, dann setzt das immer voraus, dass andere ausgebeutet werden. Studien aus Lateinamerika zur Lebenssituation der Reichen haben das zweifelsfrei nachgewiesen.

Das ist kein „Alle gegen alle“. Das ist ein „Einige nutzen alle anderen aus, um unter ihresgleichen zu bleiben“. Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung kommt für das Jahr 2018 zu dem Ergebnis, dass 12 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland prekären Bedingungen ausgesetzt waren. Uber, Lieferando, Book-a-Tiger und andere Ausbeuterfirmen haben das Ihrige dazu beigetragen.

Vieles von dem, was die Menschen tun, die den Luxus haben, zu Hause zu bleiben, stärkt diesen Sektor. Das – nicht „Homeoffice“ – ist ihre neue „Unternehmenskultur“. Und denken Sie daran: Diese Unternehmen haben einmal als lokale Firmen angefangen. Diejenigen, die das Lokale geradezu kultisch als das Bessere verehren, sollten an die Ausbeutung des Hauspersonals und andere Formen moderner Sklaverei denken.

21,3 Prozent der deutschen Kinder, 2 800 000 Kinder, lebten vor dem Lockdown in Armut. Experten warnen seit Sommer vor steigenden Zahlen. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF berichtet, dass 150 Millionen Kinder weltweit seit Beginn der Corona-Pandemie in extreme Armut geraten sind. Ein Szenario für sie erfordert Gedanken zu Gerechtigkeit, Gleichheit und Umverteilung.

Ohne derartige Überlegungen sind alle diese Szenarien für die zukünftige Generation genau das, von dem der Autor behauptet, dass sie es nicht seien: eine Fortsetzung ihres Status quo. Und dagegen hilft auch keine „Wir-Kultur“.

# Das Ende der globalen Naivität

Den Zusammenbruch des Kapitalismus werden wir nach Corona ebenso wenig erleben wie einen Neo-Nationalismus. Doch ändern wird sich einiges. Ein Kommentar zum „Systemcrash“-Szenario.

Von Bernd Ziese mer

Im Unterschied zu den großen Kriegen und Finanzkrisen der Vergangenheit kommt die Bedrohung der globalen Ordnung dieses Mal nicht von innen, sondern von einem gemeinsamen äußeren Feind: einem Virus. Wenn wir ihn in den kommenden 12 bis 18 Monaten schlagen, bleiben die Folgen überschaubar. Diejenigen, die mal wieder das Ende des Kapitalismus ausrufen, wie nach der Finanzkrise 2008/09, irren sich. Was für ein schöneres Beispiel für die Überlegenheit des globalen Kapitalismus könnte man sich ausdenken, als die Entwicklung eines Vakzins durch zwei Unternehmen in den USA und in Deutschland und Hunderte von Wissenschaftlern in aller Welt? Und das in einem Tempo, das niemand für möglich gehalten hätte.

Schon Karl Marx, der erste Denker der Globalisierung, diagnostizierte in seinem „Manifest der Kommunistischen Partei“ ein bis heute gültiges Grundgesetz der Entwicklung: Der „allseitige Verkehr“ zwischen den Nationen führt zur „allseitigen Abhängigkeit“ aller Nationen untereinander. Man kann Grenzen für eine Weile schließen, um Gefahren zu bannen, aber nicht auf Dauer. Das gilt auch für die Grenzen innerhalb der Nationen. Auf Dauer setzt sich der Drang des modernen Menschen zu reisen, sich vor Ort auszu-

tauschen und global zu wirtschaften, wieder durch. Er ist eine anthropologische Konstante unseres Lebens.

Hinzu kommt die Macht der Ökonomie, das Gesetz des komparativen Vorteils, frei nach dem großen Ökonomen David Ricardo: Die internationalen Lieferketten, die am Anfang des ersten Lockdowns unter größtmöglichem Druck standen, sind nicht gerissen. Das ist auch eine Folge der Digitalisierung, die weltweite Warenströme besser lenkt als je zuvor. Deshalb werden die Unternehmen zwar in einigen Fällen Fabrikationsprozesse in ihre Nähe zurückholen – auch auf Druck der Politik, um die Abhängigkeit von einem einzigen Lieferland zu reduzieren. Aber für einen langanhaltenden Rückgang des Welthandels gibt es keinerlei Anzeichen. Und auch der private Flugverkehr kommt zurück, wenn sich die Menschen wieder sicher fühlen.

Einen Neo-Nationalismus werden wir nicht erleben, wohl aber ein Ende der globalen Naivität. Die Historiker werden die Corona-Krise im Nachhinein wahrscheinlich als den „Tipping Point“ in den Beziehungen zwischen den westlichen Demokratien und China bezeichnen. Von der systematischen Verschleierung des Ausbruchs in Wuhan über die Einschüchterung der WHO bis zur Verunsicherungskampagne



**Bernd Ziese mer**  
ist Publizist und war lange Jahre Chefredakteur des *Handelsblatts*.

gegenüber westlichen Impfstoffen zieht sich eine Linie.

Das gilt auch für die von einigen Beobachtern bewunderte „harte Linie“ bei der Bekämpfung der Pandemie: Wer die Videos gesehen hat, auf denen chinesische Polizisten Bürger mit Gewalt aus ihren Wohnungen zerrren und in Quarantänelager prügeln, vergisst sie so schnell nicht wieder. Das Vertrauen in die chinesische Regierung war, wie Meinungsumfragen zeigen, im Westen noch nie so niedrig wie heute. Dafür gab es vor Corona schon viele Gründe, vor allem die aggressive Politik des Staats- und Parteichefs Xi Jinping. Aber sie haben sich nach Corona erheblich verstärkt.

Das Ende der Naivität – das erleben wir nicht nur im Verhältnis zu China. Das völlige Versagen der Regierung Trump bei der Bewältigung der Pandemie hat in Verbindung mit der Schwäche der gesamten amerikanischen Demokratie einige Zweifel an der Führungsfähigkeit der Supermacht geschürt. Die Europäer und die übrigen Verbündeten der USA wissen nicht mehr, ob sie sich auf die Amerikaner verlassen können – und ob die mehr verfolgen als ihre engen eigenen nationalen Interessen.

Die EU-Staaten suchen zwar eifrig den Schulterchluss mit dem neuen Präsidenten Joe Biden, aber sie werden nicht mehr allen Ideen aus Washington folgen. Darin liegt eine Gefahr, aber auch eine große Chance: Wenn sich die Politiker beidseits des Atlantiks wieder auf Augenhöhe begegnen, könnten sich daraus neue gemeinsame Strategien entwickeln – etwa gegen den Klimawandel – und aus diesen Gemeinsamkeiten auch eine neue Stärke des Westens. Vor allem gegenüber den beiden Regimes, die in den vergangenen Jahren Europäer und Amerikaner so erfolgreich gegeneinander ausgespielt haben: China und Russland.

Ein Ende der Naivität könnte aber auch die Grundfesten der EU erschüttern. Angela Merkel und einige andere sahen in der Pandemie die Chance, gerade die kleineren EU-Staaten wieder besser in die Politik der Gemeinschaft einzubinden. Emmanuel Macron und andere erkannten die Gefahr, dass die Brüsseler Bürokratie durch ihre übliche Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner nicht das notwendige Tempo vorlegen würde.

Ob es ein Fehler war, der Kommission etwa die Verantwortung für die Bestellung der Impfstoffe zu übertragen, wird man erst in ein, zwei Jahren sagen können. Eines ist aber schon jetzt klar: Der Versuch der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, das gemeinsame Vorgehen an sich schon zum Erfolg zu erklären, überzeugt die Menschen nicht. Die Union muss zeigen, dass Gemeinsamkeit bessere Ergebnisse bringt – oder sie macht sich überflüssig. Vielleicht erwächst aus der Corona-Krise eine EU, die schneller handlungsfähig ist als in der Vergangenheit – etwa durch die Einführung von Mehrheitsbeschlüssen auf zentralen Feldern der Gemeinschaft.

In der Bundesrepublik könnte sich die Debatte auch nach innen wenden. Hat unser föderales System den Test der Zeit bestanden? Wäre mehr Zentralismus besser gewesen? Einige Landesregierungen haben in der Krise sichtlich versagt. Aber läuft alles besser und schneller, wenn sich bei künftigen Krisen alle widerspruchslos hinter der Fahne des Kanzleramts versammeln?

Wenn man diese Debatte vernünftig führt, kann sie unser System stärken. Denn im Inneren der Nationen wie im Verkehr zwischen ihnen verhindert man einen Systemcrash, genau wie in der Computerwelt, nur durch häufige Updates.



# Lob der Bubble

Stehen wir vor einem Post-Corona-Lokalismus? Nein. Doch der Zusammenschluss zu wahlverwandtschaftlichen Gemeinschaften hat einen Schub erhalten. Ein Kommentar zum „Neo-Tribes“-Szenario.

Von Christine Hannemann

**N**eo-Tribes, also postmoderne Gesinnungsgebilde, stehen im Zentrum des dritten Zukunftsszenarios. Die vom Autor präsentierten Charakteristika sind allerdings längst keine zukünftigen Entwicklungen mehr. Die besondere Wertschätzung von regionalen Erzeugnissen ließ sich in jedem Supermarkt schon lange vor Corona studieren. Gleiches gilt für die Rückbesinnung auf Haus, Hof und Familie – hier nicht verstanden als blutsverwandtschaftliche Keimzelle der Gesellschaft, sondern als wahlverwandtschaftlicher Zusammenschluss zu Gesinnungsgemeinschaften: integrative Wohnprojekte, Wohngenossenschaften, Baugruppen. Eine Reduktion von Alltagspraktiken, Werthaltungen und Identitäten auf einen Post-Corona-Lokalismus aber erscheint schlicht unwahrscheinlich. Mit einer solchen Perspektive wird die Umkehrbarkeit von Geschichte angenommen. Die in den Basiskoordinaten verwendeten Dichotomien („gelingend“ und „nicht gelingend“ oder „lokal“ versus „global“) erscheinen als überholter Evolutionismus.

Vielmehr hat mit Corona eine Art Revision der existenziellen Standards des Daseins begonnen. Dabei geht es um materielle wie ideelle Dinge, und es schließt den umgangssprachlichen Gebrauch von

Existenz ein, etwa wenn es um unterbezahlte, überarbeitete, ungeimpfte Pflegerinnen und Pfleger in Altenheimen geht oder um die akute Vernachlässigung der Klimakrise im öffentlichen Bewusstsein.

Diese Revision betrifft auch die sogenannte Singularisierung der Gesellschaft. Dieser auf der Individualisierung beruhende Entwicklungsgang bezeichnet einen mit der Industrialisierung und Modernisierung der westlichen Gesellschaften einhergehenden Prozess des Übergangs des Individuums von der Fremd- zur Selbstbestimmung. In der postmodernen Gesellschaft prägt eine qualitativ neue Radikalisierung diesen Prozess. Gesellschaftliche Grundmuster wie die klassische Kernfamilie werden zu einem Haushaltsmodell von vielen. Hier relevant sind vor allem die freiwillige oder unfreiwillige Form des Alleinwohnens und die Schrumpfung der Haushaltsgrößen.

Alle aktuellen Studien zur Bevölkerungsentwicklung wie die des Statistischen Bundesamts zeigen, dass der Anteil der Ein-Personen-Haushalte in Deutschland weiter ansteigen wird. Das beruht auch auf der Alterung, denn ein wachsender Anteil von Menschen wohnt im Alter allein. Dieses Alleinwohnen, einzeln oder in Kleingruppen, hat auf-



**Prof. Dr. Christine Hannemann**

lehrt Architektur- und Wohnsoziologie an der Universität Stuttgart.



grund der coronabedingten Isolationserfahrungen das öffentliche Interesse an der Art und Weise, wie „gewohnt“ wird, steigen lassen. Nunmehr wird das spätestens seit den 1920er Jahren vorherrschende Leitbild des kleinbürgerlichen Wohnens als Hauptwohnform durch neue Überlegungen zum gemeinschaftlichen Wohnen öffentlichkeitswirksam revidiert.

Die Dominanz des Wohnens in der abgeschlossenen Kleinwohnung ohne gemeinschaftliche Wohnflächen hat sich in der Pandemie als stark benachteiligend erwiesen. Nun endlich wird die Notwendigkeit eines Wandels des Wohnens weg von isolierenden, Einsamkeit evozierenden Wohnverhältnissen hin zu gemeinschaftlichen (und klimagerechten) Wohnformen diskutiert und auch in einigen zukunftsweisenden Projekten realisiert.

Der Virologe Christian Drosten sprach in diesem Zusammenhang im NDR-Podcast „Coronavirus-Update“ im vergangenen Oktober darüber, wie der Lockdown anders zu gestalten sei, nämlich mit einer „social bubble“: Es könnten sich „bis zu zwei oder sogar drei Haushalte zusammen tun und eine soziale Blase bilden“. Man hilft sich bei der Kinderbetreuung, einer kauft für alle ein, und im Restaurant sitzen alle zusammen an einem Tisch. Für viele Menschen wäre ein solches Modell laut Drosten eine „extreme Erleichterung“, wenn das einen Haushalt einschliesse, „wo die Haushaltsmitglieder nicht so beweglich sind, also ältere Leute“.

Die neue Gemeinschaftsorientierung beim Wohnen wird durch die Pandemie verstärkt: Bau-/Wohngemeinschaften und Kollektivgärten sind schon vor Corona dort entstanden, wo es räumlich und politisch möglich war. Das Gemeinschaftswohnen ist in Deutschland eine wichtige Idee,

spielte aber prozentual gesehen bisher eine relativ geringe Rolle. Es gab zu wenig Möglichkeiten und viel zu wenig Förderung. Die neue Nachfrage entsteht durch Partizipations- und Gestaltungsinteressen und den Wunsch, anders zu leben als in der bürgerlichen Kleinfamilie. Dabei ist nicht die Großfamilie das einzige Modell. Gerade bei gemeinschaftlichem Wohnen kann viel eher auf Wahlverwandtschaften, auf Neo-Tribes, ausgewichen werden. Eltern und Geschwister sind nicht wählbar, aber die Menschen, mit denen man zusammenleben möchte, sind es.

Die neue Nachfrage nach anderen Wohnformen resultiert auch aus der Wahrnehmung von Einsamkeit als massives soziales Problem, nicht nur in der deutschen Gesellschaft. Schon 2018 erregte die Ernennung einer Einsamkeitsministerin durch die britische Premierministerin Theresa May enorme Aufmerksamkeit. Auch in Deutschland wurde das Thema nun stärker von Politik, Wissenschaft und Medien aufgenommen, zumal Studien verdeutlichen, dass Einsamkeit in Deutschland eben nicht aufs hohe Alter beschränkt ist. Sie kann in jeder Lebensphase auftreten. Die Altersverteilung der Einsamkeit folgt einem komplexen nichtlinearen Verlauf mit erhöhten Einsamkeitsniveaus bei jungen Erwachsenen und bei den ältesten Alten, so resümieren die Autorinnen einer Studie der Universität Köln und der University of Chicago.

Resilient im Sinne von widerstandsfähig ist die liberale Demokratie nur dann, wenn sie stärker als bisher in systemischen Kontexten denkt und neue Verbindungen zwischen Wirtschaft, Gesellschaft sowie Wohnungswesen und Stadtplanung herstellt, etwa bei sozialgerechten Wohnkosten, innovativen gemeinschaftsfördernden Wohnkonzepten und klimakompatiblen Wohn- und Mobilitätslösungen.

# Wie wir nachhaltig wurden

Ist eine gerechte, gesunde, klimafreundliche Welt möglich? Ja – wenn die Menschheit ihre Schlüsse aus Corona zieht. Ein Kommentar aus der Zukunft zum Szenario „Die resiliente Gesellschaft“.

Von Luisa Neubauer

Es ist Mittwoch, der 22. April 2071. Earth Day, ein Feiertag. Und es gibt gute Gründe zu feiern. Denn die Welt ist (noch) da, für die Menschen, die gerade noch rechtzeitig verstanden haben, was sie da zu beschützen haben. Und wie es gehen kann, wenn man will.

Begonnen hat diese Geschichte mit einer Pandemie. Oder eher: mit der Welt, die sie ermöglicht hat. Menschen glaubten damals, dass sie billiges Fleisch in solchen Ausmaßen brauchten, dass sie in Kauf nehmen mussten, beim Prozess der Lebensmittelherstellung praktisch jedes weitere Mittel zum Leben zu belasten, zu degradieren, zu zerstören. Landstriche wurden im Namen der Futtermittelproduktion verwüstet, Arten starben aus, Zoonosen, von Tier zu Mensch und von Mensch zu Tier übertragbare Infektionskrankheiten, breiteten sich aus. Man zermürbte nicht nur sämtliche ökologischen Systeme, nein, die Weltgemeinschaft entwickelte Materialien und Technologien, die auch die Zukunft in Beschlag nehmen würden. „Diese Arroganz im frühen 21. Jahrhundert“, würde man später murmeln. „Was hat man sich nur gedacht?“, würden die Kinder fragen.

Zu dieser Zeit entstand ein Phänomen, das man in der Geschichtswissenschaft später „globale mentale Belastung“ nen-

nen würde. Man wusste mehr über die Welt als je zuvor, konnte präzise die Folgen des eigenen Handelns, die Konsequenzen von Regierungsentscheidungen berechnen. Trotzdem war es nicht gelungen, einen Gesellschaftsentwurf, eine politische Grammatik zu entwickeln oder Wirtschaftssysteme zu schaffen, die den Menschen unterm Strich und langfristig zugute kamen. Die Nebenkosten häuften sich zu einem Maße an, das nicht mehr zu ignorieren war. Auf den Weltmeeren fuhren Schiffe Plastikmüll und Elektroschrott hin und her, die Umweltkosten durch die fossile Ausbeutung hätten die Einnahmen der Unternehmen überstiegen, wenn man sie gezwungen hätte, sie zu begleichen. Den Preis zahlten die Menschen. Im Jahr 2013 starb Ella, ein Schulmädchen aus London, hochoffiziell an „Luftverschmutzung“.

Faktisch war es unmöglich geworden, ein nachhaltiges Leben zu führen. Irgendwann gingen die Kinder auf die Straße, Erwachsene verharrten in der Illusion, dass man alles im Griff habe. Austausch und Kooperation mit der Wissenschaft wurden für die Regierungen politisch schwieriger – zu fundamental die Kritik, die von dort kam. Selbst in liberalen Demokratien wie Deutschland litten Wissenschaft und freie Presse unter den engen Verbindungen



**Luisa Neubauer** ist Klima-Aktivistin (Fridays for Future), Autorin und Podcast-Host (1,5 Grad – der Klima-Podcast).

zwischen fossilen Konzernen, Landesregierungen und Medienhäusern.

Es war die Zeit der Pandemien, die alles änderte. Im Lichte endloser Mutationen, anhaltender Lockdowns und schwindender Hoffnung wurde deutlich, dass es nicht mehr genügte, die Corona-Opfer zu zählen, um die Folgen und Kosten der Gegenmaßnahmen abzubilden. Man fing an, sich ernsthaft mit dem Wohlbefinden der Bevölkerung zu beschäftigen. Dafür half die Corona-App, dank derer die Menschen die eigene Gesundheit tracken konnten.

Dass die anfängliche Skepsis rasch schwand, lag an der Regionalisierung bei der Datenauswertung. Sie fand lokal statt, sodass die Bevölkerung sich direkter angesprochen fühlte und die politischen Reaktionen schneller spürte. Die Psychologisierung gestresster Mütter, einsamer Kinder und verarmter Kunstschaffender fand ein Ende; ein sogenannter „Wohlfühl-Faktor“ wurde eingeführt, ein Maß für die psychische und körperliche Gesundheit.

Die „Gesunde-Welt-Forschung“ führte die Gesundheit von Ökosystemen mit der der Menschen zusammen und identifizierte, wo und wie ökologische Belastungen Menschen krank machten. Im 20. Jahrhundert war es die Verteidigungs- und Kriegsindustrie, die große Innovationen hervorbrachte. Im 21. Jahrhundert sollte es der Kampf um die Gesundheit der Menschen werden, der zu innovativen Höchstleistungen führte. Das Zeitalter der resilienten Gesellschaften brach an.

Es waren unangenehme Zeiten für die Verkehrs- und Landwirtschaftsministerien, als klar wurde, in was für einem Ausmaß schlechte Ernährung und unsichere Verkehrswege die Menschen tatsächlich belasteten. Kommunal- und Landesregierungen begannen, gegenzusteuern, Hand in Hand mit der EU, die sich bemühte, die Entwicklung voranzutreiben.

Agrarreformen wurden zu kleinen Nachhaltigkeitsrevolutionen, Agrarbetriebe und Lokalbevölkerung arbeiteten immer häufiger Hand in Hand. Beim Unterzeichnen von Mietverträgen konnte man in der Regel ganz unkompliziert gleich ein günstiges Abo für die wöchentliche Lieferung regionaler Produkte abschließen.

Als man zum Schutz vor der tödlichen Florida-Mutation Ende 2021 kurzzeitig Lieferketten kappte, wurde die Fragilität globaler Netzwerke deutlich. Lokale Produzenten sprangen ein. Und ein sozialverträglicher CO<sub>2</sub>-Preis, der rasch anstieg, sorgte dafür, dass die ökologische Belastung der Produkte keine große Unbekannte mehr war. Als die Grenzen wieder öffneten, war ein umfassendes Lieferkettengesetz nur noch eine Formsache, hinzu kam ein Kreislaufwirtschaftsgesetz. Die Müllproduktion sank schlagartig um den Faktor sechs.

Ein wesentliches Problem blieb die geringe Zeitspanne, die für so große Veränderungen zur Verfügung stand. Politische Entscheidungsprozesse standen unter gigantischem Druck, die Wirtschaft haderte. Um soziale Entlastungen zu schaffen, wurde provisorisch ein Grundeinkommen eingeführt; in einigen Gemeinden setzte man Bürgerräte ein. Um Fehler zu vermeiden, wuchs die internationale Gemeinschaft zusammen, man wollte mit- und voneinander lernen. Die großen Profiteure waren die sogenannten Schwellenmärkte, deren wirtschaftliche Strukturen flexibler waren. Globale Machtstrukturen waren nicht mehr wiederzuerkennen. Die Welt, die zunächst durch Lieferketten und transnationale politische Krisen zur Zusammenarbeit gebracht wurde, wandte sich nun auch gesellschaftlich und emotional einander zu.

